



Datum: 19. November 2023

Prof. Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung

DLF: Georg Ehring

Ehring: Am Mikrophon begrüßt Sie heute Georg Ehring und mein Gesprächspartner ist Ottmar Edenhofer, der Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Seit dem Jahr 2000 sind Sie dort aktiv. Außerdem leiten Sie das Mercator-Institute on Global Commons and Climate Change in Berlin und sind Professor an der Technischen Universität Berlin. Erst einmal guten Tag und herzlich willkommen beim Deutschlandfunk.

Edenhofer: Guten Tag.

Ehring: Herr Professor Edenhofer, das jahrzehntelange Forschen über und das Warnen vor der Klimaerwärmung hat noch keine Wende gebracht. 2023 ist das wärmste Jahr seit vermutlich 125 000 Jahren und man kann große Waldbrände, Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren und Ähnliches nicht mehr einfach als Naturkatastrophen bezeichnen. Wie erleben Sie ein solches Jahr?

Edenhofer: Na ja, dieses Jahr ist davon geprägt, dass wir in eine neue Phase eintreten, man kann auch sagen in eine neue Landschaft des Klimawandels. Sie haben die Temperaturrekorde erwähnt, die Waldbrände. Man kann es ein bisschen weiterdrehen und sagen, jede zusätzliche Tonne CO₂, die wir in die Atmosphäre entlassen, verursacht bis zum Jahr 2030 mehr als 400 US-Dollar an Schäden. Und damit sind die Kippschalter im Erdsystem, das unwiderruflichen Verschwinden von Korallenriffen und Gletschern noch gar nicht miteingerechnet. Also, in der Tat, es sind Warnzeichen und beängstigende Zeichen dieser Erderhitzung. Und hinzu kommt noch, dass also auch im Jahr 2023 mit großer Wahrscheinlichkeit wieder ein Rekord bei den weltweiten Emissionen erreicht wird und sogar die Wachstumsrate bei den Emissionen zunehmen wird. Also, das zusammengenommen ist schon eine sehr ernste und bedrückende Lage.

Ehring: Die Berichte klingen ja immer bedrohlicher. Motiviert das die Menschen zum Klimaschutz oder lässt es sie eher resignieren?

Edenhofer: Das ist natürlich schwer zu sagen. Ich glaube, das ist sehr unterschiedlich und hängt ab von den konkreten Erfahrungen. Also, Menschen, die in Indien buchstäblich an Hitze sterben, für die ist natürlich der Klimawandel nicht etwas Abstraktes und Entferntes, was in der Zukunft kommt, sondern das ist jetzt lebensbedrohlich. In Europa oder in Deutschland, Rentner, die jetzt einen Heizungstausch vornehmen müssen, fühlen sich in ihren Besitzständen bedroht, fühlen sich in ihren Eigentums- und Vermögensrechten

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 1

bedroht, haben Abstiegsängste. Also, das wird sehr unterschiedlich wahrgenommen. Insgesamt, wenn man die Daten zusammennimmt, kann man sagen, bislang hat es die Menschen noch nicht in dem Ausmaß motiviert, die Emissionen zu reduzieren wie es notwendig wäre.

Ehring: Die Zeiten sind ja schwierig für den Klimaschutz, auch aus ganz anderen Gründen. Die Welt blickt auf Israel und den Gazastreifen, auf die Ukraine, also auf Kriege. Und bei uns debattiert man über Migrationspolitik. Kommt der Klimaschutz da unter die Räder?

Edenhofer: Also, es ist auf jeden Fall sehr schwierig geworden für den Klimaschutz. Man kann da beginnen mit der Ukraine-Krise. Dort sind die Gaspreise sehr viel schneller gestiegen als die Kohlepreise. Und das hat dazu geführt, dass vor allem in Asien die Kohlenutzung sehr viel attraktiver geworden ist. Die ohnehin sich schon vollziehende Renaissance der Kohle hat sich verstärkt. Der brutale Angriff der Hamas auf Israel hat die Annäherung zwischen Israel und Saudi-Arabien zumindest unterbunden. Und damit werden gemeinsame Projekte, etwa wie der Bau einer Wasserstoffinfrastruktur, schwieriger. Also, der Klimaschutz ist da in der Tat ins Hintertreffen geraten. Und wenn man sich anschaut wie Regierungen nach wie vor in fossile Energieträger investieren, dann kann man nicht sagen, dass der Klimaschutz die Priorität hat, die er angesichts der Bedrohungslage tatsächlich verdient.

Ehring: Die Weltgemeinschaft hat sich ja das Ziel gesetzt, die Erderwärmung unter 1,5 Grad zu halten idealerweise. Aber wenn wir so weitermachen wie bisher, ist die Menge an Treibhausgasen, die wir dafür noch in die Atmosphäre blasen können, in fünf Jahren und acht Monaten aufgebraucht. Das sagt jedenfalls die CO₂-Uhr auf der Website des Mercator-Instituts, das Sie leiten. Kann das überhaupt noch klappen mit der Begrenzung der Erderwärmung unter 1,5 Grad?

Edenhofer: Also, in dem strikten Sinne, dass wir die 1,5 Grad-Grenze dauerhaft einhalten, wird das nicht gelingen. Wir werden akzeptieren müssen, dass es ein Überschießen gibt der Temperatur für mehrere Dekaden. Und wenn wir Glück haben, dann wird es uns gelingen, dass wir diese Temperaturkurve wieder zurückbiegen dann etwa gegen Ende des Jahrhunderts auf 1,5 Grad. Und das wird uns nur dann gelingen, wenn wir im großen Maßstab CO₂ der Atmosphäre entziehen können, also mit anderen Worten, wenn wir netto negative Emissionen erzeugen. Denn diese netto negativen Emissionen, das sind dann tatsächlich auch die Mittel, die wir dann zur Verfügung haben müssen, um diesen Overshoot, wie man sagt, also das Überschießen der Temperatur, wieder zu kompensieren.

Ehring: Die nächste Klimakonferenz in Dubai findet in einem Ölstaat statt. Der Konferenzleiter ist Ahmed Al Jaber, im Hauptberuf Vorstandschef eines Ölkonzerns. Hat der Gastgeber überhaupt Interesse am Klimaschutz und wie wird sich das auswirken?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 2

Edenhofer: Also, es wird auf jeden Fall eine sehr schwierige COP werden, denn es hat so im Vorfeld Anzeichen gegeben und Signale, dass man sich erwartet, die öl- und gasexportierenden Staaten, dass man sagt, na ja, wir können eigentlich mit der Öl- und Gasnutzung so weitermachen wie bisher und wir bieten Carbon Capture and Storage an. Das heißt also, wir scheiden CO₂ ab und lagern das dann im Untergrund und dann ist doch eigentlich alles in Ordnung. Und dann kann man eben Öl und Gas verkaufen und zugleich Klimaschutz betreiben. Das ist eine zu einfache Gleichung und die wird so nicht aufgehen, denn wir werden bis 2050 den Ölverbrauch auf 40 Prozent des heutigen Niveaus absenken müssen. Wir werden Öl benötigen, weniger im Energiesektor, aber vor allem auch in der Chemieindustrie. Aber es kann nicht sein, dass wir einfach so weitermachen wie bisher. Am Ende des Tages muss der Ölverbrauch sinken. In der Konferenz, die wir jetzt haben in Dubai, das sieht man ziemlich deutlich, dass die Staaten zu wenig versprechen. Und das, was sie versprechen, halten sie nicht ein. Und das ist auch der Grund, warum gerade in der Ölindustrie die großen Multis vermehrt wieder in die Exploration neuer Ölfelder investieren. Und das ist ein ganz klares Zeichen dafür, dass sie die Ankündigungen der Regierungen und der Staaten nicht ernst nehmen.

Ehring: Wie kann man das denn ändern? Was ist da Ihre Empfehlung?

Edenhofer: Na ja, das ist ein langer und beschwerlicher Weg, denn dass wir international kooperieren zwischen den großen Emittenten, das ist natürlich angesichts der geopolitischen Situation sehr schwer geworden. Denken wir an die Konflikte zwischen USA und China, die Konflikte in der G20. Aber man kann natürlich jetzt schon mal beginnen. Und ich will ein Beispiel nennen, wie man also international glaubwürdige Signale aussenden kann. Die Europäische Union hat angekündigt, dass sie Klimazölle erheben will, das heißt also im Fachchinesisch Carbon Border Adjustment Mechanism. Also, wenn jemand Produkte, Carbon-intensive Produkte importiert, dann muss darauf ein Zoll erhoben werden, es sei denn, das Land, das exportiert, erhebt selber einen CO₂-Preis. Das hat dazu geführt, dass zum Beispiel Indien darüber nachdenkt, eine CO₂-Steuer einzuführen. Die Türkei denkt über einen nationalen Emissionshandel nach, weil man eben nicht will, dass die eigenen Produkte dann in Europa mit einem Klimazoll belastet werden. Eine ganz ähnliche Diskussion hebt an, zugegebenermaßen sehr verhalten, aber sie hebt an in den USA, wo eben auch republikanische Senatoren die Klimazölle ins Spiel bringen, vor allem, weil natürlich ab 2026 sich auch die Haushaltssituation in den Vereinigten Staaten zuspitzt und dramatisiert. Und wenn also die EU und die USA einen Klima-Club formieren könnten, der nach außen hin Klimazölle erhebt und intern sich über CO₂-Preise koordiniert, dann wäre aus meiner Sicht da ein Anfang gemacht. Und das würde natürlich genau beobachtet werden in vielen Ländern der Welt. Und damit könnte man die Kooperation erleichtern und das würde auch bedeuten,

dass dann eben auch die Gas- und Ölimporte de facto bepreist werden und damit auch der Verbrauch zurückgehen kann.

Ehring: Glauben Sie, dass das eine realistische Perspektive ist? Die Stimmen, die so etwas durchsetzen wollen, sind doch noch sehr verhalten.

Edenhofer: Na ja, die sind verhalten, aber man muss ja mal sehen, was jetzt passiert ist. Die zwei großen demokratischen Blöcke, die EU und die USA, haben mit dem Green Deal und mit dem Inflation Reduction Act die größten klimapolitischen Programme auf den Weg gebracht, die es bislang auf diesem Planeten gibt. Das muss man ja zunächst mal würdigen. Und die Klimazölle, die angekündigt werden durch die EU, sind ja nicht auf dem Papier, sondern das sind ja realpolitische Ankündigungen. Und darauf ist auch realpolitisch reagiert worden. Damit sind wir natürlich bei Weitem noch nicht in der Situation, dass wir dann auch tatsächlich die Emissionen in dem Ausmaß reduzieren global. Aber das ist ein Anfang. Und dieser Klima-Club, der muss natürlich auch geöffnet werden für Schwellenländer. Und Schwellenländer können sich nicht diese CO₂-Preise leisten, die sich vielleicht die EU leistet. Dafür brauchen sie Unterstützung. Und das ist ja auch das Thema, um das es bei der COP28 geht. Wie können Schwellen- und Entwicklungsländer unterstützt werden für die Transformation? Wie kann dort der Kohleausstieg vorangebracht werden? Klimapolitik ist kein Sprint. Klimapolitik ist ein Marathon. Und die Kernfrage ist eben: Kann die Politik diesen Marathon durchstehen? Und dafür braucht es eben Instrumente und dafür braucht es eben auch einen sehr, sehr langen Atem.

Ehring: Europa liegt bei diesem Marathon ja relativ weit vorn, verglichen mit anderen Weltregionen. Was ist das Erfolgsrezept?

Edenhofer: Ja, das Erfolgsrezept ist, glaube ich, ein zweifaches. Zum einen haben die Mitgliedsstaaten in der EU zu einem nicht unerheblichen Teil ihre nationalen Souveränitätsrechte an die supranationale Institution, eben an die Kommission oder an den Rat delegiert. Wir haben in Europa zwei große Emissionshandelssysteme. Einen für Strom und Industrie, den anderen, der jetzt installiert wird für Gebäude und Verkehr. Wir haben relativ erfolgreiche Standards und diese Kombination aus diesen Instrumenten, Standards und Bepreisung hat schon dazu geführt, dass zumindest im Industrie- und im Strombereich eine Dekarbonisierung eingesetzt hat. Im Verkehrssektor und im Gebäudebereich kann die jetzt beginnen. Und das ist zugegebenermaßen sehr viel schwerer. Das größte Problem, das wir in Europa haben, ist, wenn es um Verkehr und Gebäude geht, dass wir keine ausreichenden sozialen Kompensationsmechanismen haben. Und das ist ja klar, ein hoher CO₂-Preis, der entwertet den Wert von Gebäuden, der setzt Menschen ziemlich unter Druck zu investieren, zum Beispiel in neue Heizungssysteme. Und dafür brauchen sie eine Unterstützung. Und wenn diese Unterstützung fehlt, geht der Schuss eben nach hinten los.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 4

Das haben wir jetzt in Deutschland gesehen. Die Ankündigung des Heizungsgesetzes hat dazu geführt, dass im letzten Jahr mehr Öl- und Gasheizungen verkauft worden sind, etwa 400 000, und dass wir bis Jahresende vielleicht die 800 000-Marke reißen werden. Und damit kann natürlich Deutschland seine Verpflichtungen im Gebäudesektor nicht mehr erreichen. Damit ist aber nun jetzt entscheidend, da spielt die EU eine Riesenrolle, denn Deutschland hat nach wie vor Verpflichtungen gegenüber der EU. Und wir werden also von der EU nicht in Ruhe gelassen, sondern es kommt der europäische Zahltag, wo wir dann Rechenschaft darüber ablegen müssen, dass wir die Ziele nicht erreicht haben. Und dann müssen wir unter Umständen nachzahlen, je nachdem, wie groß die Zielverfehlung ist. Nach meinen Rechnungen so überschlagsmäßig bis zu 15 Milliarden Euro. Und das ist aus meiner Sicht etwas, was in der EU eben eine große Rolle spielt – das Zusammenspiel von Mitgliedsstaaten und der EU-Ebene. Das ruckelt und das ist auch schwierig. Das ist ein kurvenreicher Weg. Aber am Ende des Tages, glaube ich, wird der europäische Green Deal eben doch ein Erfolgsfaktor werden. Aber wir müssen natürlich trotzdem nachbessern.

Ehring: Deutschland hat jetzt ja beim Klima erst mal ein massives Finanzierungsproblem nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mittwoch. Wie sollte das gelöst werden?

Edenhofer: Ja, das ist richtig. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stehen jetzt für den Klimatransformationsfonds 60 Milliarden weniger zur Verfügung. Es könnte sein, dass noch so etwa 10 Milliarden aus der Rücklage zur Verfügung stehen und 20 Milliarden aus der CO₂-Bepreisung. Das heißt also für das nächste Jahr, 2024, wird es vielleicht noch nicht so dramatisch werden, aber was natürlich trotzdem stimmt, mittelfristig, die Regierung, die Ampelkoalition wird dazu gezwungen, jetzt die Prioritäten zu setzen. Sie muss also entweder die Ausgaben kürzen, bei den Ausgaben neu priorisieren und umstrukturieren oder sie muss zu Steuererhöhungen greifen, also zum Beispiel den CO₂-Preis weiter erhöhen. Und es könnte ja sein, dass gerade durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes der CO₂-Preis in Deutschland neue Freunde gewinnt, also Politiker, die bislang den CO₂-Preis radikal abgelehnt haben, vielleicht ihre Position noch mal überdenken, ob nicht gerade über den CO₂-Preis zumindest ein Teil dieser Finanzierungslücke gedeckt werden kann.

Ehring: Relativ wenig. Die Rede ist immer vom Abbau klimaschädlicher Subventionen. Muss Deutschland da mutiger werden?

Edenhofer: Ja, da muss nicht nur Deutschland mutiger werden. Da müssen wir ganz generell mutiger werden, denn die Subventionen, klimaschädliche Subventionen für die fossilen Energieträger, das ist ein weltweites Problem. Und es wäre ein großes Zeichen, wenn wir hier den Einstieg in den Abbau dieser Subventionen finden würden. Das ist dringend geboten und notwendig. Und das ist natürlich ein weiterer Hebel wie man solche

Finanzierungsengpässe überwinden kann. Vor allem aber setzen diese Subventionen die Zeichen vollkommen falsch und behindern im Grunde genommen jede erfolgreiche Klimapolitik.

Ehring: Im Deutschlandfunk hören Sie das Interview der Woche mit Professor Ottmar Edenhofer, dem Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Herr Professor Edenhofer, Sie machen sich immer stark für marktwirtschaftliche Instrumente, den Emissionshandel. Und wir haben das Problem, dass wir immer noch viele Kohlekraftwerke in Deutschland haben. Drängt der Emissionshandel die Kohle aus dem Markt? Und wenn ja, bis wann?

Edenhofer: Also, der Emissionshandel wird die Kohle aus dem Markt drücken. Bei einem Preis, den wir bis zum Jahr 2030 haben, wahrscheinlich von mehr als 100 Euro pro Tonne CO₂, wird durch den Emissionshandel die Kohle, wenn alles mit rechten Dingen zugeht, aus dem Markt gedrängt. Und wenn die Politik nicht zu der wahnwitzigen Idee Zuflucht nimmt, die Kohlekraftwerke dann auf Umwegen weiter zu subventionieren, weil man glaubt, dass man sich den Kohleausstieg nicht leisten kann. Das wäre natürlich ein Desaster. Und es ist vielleicht noch mal wichtig, auf Folgendes hinzuweisen, wenn Sie sagen, beim Emissionshandel handelt es sich um ein marktwirtschaftliches Instrument. Das stimmt nur teilweise, denn die Emissionsobergrenze legen nicht die Märkte fest, sondern die Emissionsobergrenze, die absinkt, legt die Politik fest. Und wenn die Politik zu dieser Emissionsobergrenze nicht steht, dann werden die Preise nicht stark genug steigen und dann wird natürlich auch die Kohle nicht aus dem Markt gedrängt werden.

Ehring: Der Emissionshandel als Instrument, ist das erfolgreicher als Verbote etwa von Heiztechnologien? Sie haben vorhin davon gesprochen, dass das ein großes Desaster gewesen ist.

Edenhofer: Ja, also hier geht es ja immer um die Frage: Was ist ein sinnvoller Mix? Das sehen wir auch im Verkehrssektor. Natürlich hat es im Verkehrssektor Standards gegeben. Und die Standards wurden ja auch verschärft. Da geht es ja im Wesentlichen darum, dass also bei den Neuanschaffungen, bei den Neuwagen im Kern durch die Standards in die Märkte emissionsfreie Fahrzeuge gedrückt werden. Das ist sinnvoll. Das muss aber aus meiner Sicht unbedingt kombiniert werden mit einem CO₂-Preis. Warum? Weil die Standards im Wesentlichen auf die Neuanschaffungen sich auswirken und nicht auf den Altbestand. Und wenn man die Emissionen reduzieren will, dann muss man den alten Kapitalstock, den Altbestand eben abbauen. Und dafür ist ein CO₂-Preis notwendig. Und ganz Ähnliches gilt beim Heizungsgesetz. Die Ankündigung des Verbotes hat dazu geführt, dass man eben sich jetzt noch mal Öl- und Gasheizungen gekauft hat. Man hätte mit einer Ankündigung eines glaubwürdigen und eines langfristig steigenden CO₂-Preises hier klarmachen können, dass

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 6

sich der Einbau von fossilen Heizungen nicht mehr lohnt. Allerdings ist immer wichtig, wenn die CO₂-Preise steigen, werden die einkommensschwachen Haushalte überproportional belastet. Und ohne eine Rückerstattung, ohne eine Kompensation wirkt eben dieser CO₂-Preis für diese Haushalte überproportional belastend. Und ohne diese soziale Kompensationsdynamik werden wir nicht dazu kommen, dass der CO₂-Preis in der breiten Bevölkerung akzeptiert wird. Also, soziale Kompensation ist notwendig. Und genauso ist es notwendig, dass man eben auch die Infrastruktur bereitstellt, zum Beispiel eben die kommunale Wärmeplanung. Und deswegen wäre es gut gewesen beim Heizungsgesetz erst den Leuten klarzumachen wie sie kompensiert werden, zweitens wie die Infrastrukturplanung ausschaut und dann hätte man eben darüber nachdenken können wie man langsam die CO₂-Preise erhöht und da und dort würden dann auch Standards sinnvoll gewesen sein.

Ehring: Die Bundesregierung wollte ein Klimageld einführen zur Rückerstattung des CO₂-Preises. Das ist bisher nicht gekommen. Ist das ein Versäumnis?

Edenhofer: Das ist ein schweres Versäumnis. Und dieses Versäumnis war schon klimapolitisch schwierig. Aber wenn wir etwa an das vergangene Jahr zurückdenken bei der Kompensation aus den Gaspreissteigerungen, da hätte es uns sehr geholfen, wenn wir direkt an Haushalte hätten Geld überweisen können, anstatt dass wir über Gasanschlüsse Haushalte hätten kompensieren müssen. Das wäre für solche Notlagen sehr, sehr sinnvoll gewesen. Und solche Notlagen können ja auch in Zukunft wiederkommen. Also, schon allein aus Gründen der Energiesicherheit wäre ein solcher Kanal sinnvoll gewesen und er wäre auch klimapolitisch notwendig. Und es ist aus meiner Sicht ein schweres Versäumnis, das nicht gemacht zu haben. Und es ist umso bedauerlicher, dass es ja im Kern im Koalitionsvertrag angekündigt war.

Ehring: Wir haben zu Beginn des Gespräches auch über negative Emissionen gesprochen, also über die Aufgabe CO₂ und andere Treibhausgase wieder aus der Atmosphäre rauszuholen. Wie kann die Welt Anreize und Technologien schaffen, dass das klappt?

Edenhofer: Ja, also das ist natürlich eine der ganz großen Herausforderungen. Das erste ist, glaube ich, dass die Politik jetzt Pilotprojekte finanzieren muss. Da können wir auch noch mal ganz kurz in die USA schauen. In diesem sogenannten Inflation Reduction Act werden in großem Maßstab Pilotanlagen finanziert, wo durch technische Filter CO₂ aus der Atmosphäre entzogen wird und dieses atmosphärische CO₂ verwendet wird zum Beispiel zur Produktion von synthetischen Kraftstoffen und ein Teil dieses CO₂ dann auch im geologischen Untergrund eingelagert wird. Übrigens sind das alles Technologien, für die die Ölindustrie von großer Bedeutung sein kann, weil die über die technologischen Fähigkeiten verfügen, diese Technologien aufzusetzen. Also, die Ölindustrie könnte hier durchaus schrittweise von

einem Teil des Problems zum Teil der Lösung werden. Also, wir brauchen die Finanzierung von Pilotprojekten. Was wir auch dringend benötigen, ist, dass wir einen Regulierungsrahmen festlegen. Wir werden ja in Europa im Jahr 2039 das letzte Zertifikat im Emissionshandel verkaufen. Wir werden aber nicht alle Emissionen auf null reduziert haben. Ein Teil der Emissionen aus der Industrie, zum Beispiel Zementindustrie, auch aus der Landwirtschaft, die werden nicht vollständig reduziert werden können. Die müssen also kompensiert werden. Und dazu muss die EU-Kommission jetzt einen glaubwürdigen Pfad festlegen wie das geschehen soll. Wenn das nämlich nicht geschieht, dann werden jetzt die Händler in den Emissionsmärkten ihre Zertifikate horten. Der Markt wird illiquide und die Preise werden durch die Decke gehen. Und das ist nichts, was man in der jetzigen politischen Situation machen sollte und das würde auch die Politik nicht durchstehen. Und dann brauchen wir Anreizsysteme wie man eben dann negative Emissionstechnologien finanziert. Das ist eine der ganz großen und schwierigen Aufgaben. Daran arbeiten wir gerade wie man das bewerkstelligen kann. Und das ist eine gewaltige Größenordnung. Da könnte schon so ein Prozent des europäischen Sozialproduktes notwendig sein, um diese negativen Emissionen zu finanzieren. Und das ist ja so etwas wie die Finanzierung in eine Art Abfallwirtschaft, weil wir eben dann CO₂ aus der Atmosphäre entziehen und das, was wir in der Atmosphäre angerichtet haben, über den Weg wieder gutmachen können.

Ehring: Kritiker sagen, die CO₂-Speicherung sollte besser nicht kommen, denn dann wird die CO₂-Einsparung nicht so dringend genommen werden, sozusagen ein moralisches Problem. Was sagen Sie dazu?

Edenhofer: Ja, also das ist natürlich ein wichtiger Einwand, den man ernstnehmen muss. Aber den kann man leicht aus der Welt schaffen, denn man könnte ja für diese negativen Emissionstechnologien ein eigenes Ziel festlegen. Dann würde man ja damit die Vermeidung und die Emissionsreduktion nicht behindern. Die müssen wir weiter vorantreiben. Aber ich habe ja vorher schon gesagt, wir werden beim 1,5-Grad-Ziel die Schranke nicht einhalten können. Es wird zu einem Überschießen kommen und irgendwie muss dieses Überschießen kompensiert werden. Und wenn man also jetzt hier für diese negativen Emissionstechnologien eigene Ziele festlegt und die nicht anrechnet gegen die Vermeidungsziele, dann ist die Gefahr zumindest mittelfristig relativ gering, dass damit die Vermeidung unterminiert wird. Und das zweite wichtige Argument, das immer wieder in Anschlag gebracht wird, dass man also Carbon Capture and Storage, also das Einlagern von CO₂ im geologischen Untergrund, jetzt nicht erlauben sollte, weil man glaubt, dass man damit die Lebenszeit oder die Lebensdauer der fossilen Energieträger, vor allem bei Kohle und Gas, verlängert, das sehe ich nicht, denn bei den hohen CO₂-Preisen wird sich weder CCS mit Kohle, noch CCS mit Gas lohnen. Aber wir werden diese CCS-Optionen bei der Bioenergie brauchen. Wir werden sie in der Zement-Industrie, in der Kalkindustrie benötigen, also bei den Industrieprozessen. Und es ist jetzt höchste Zeit, dass wir das anpacken.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de 8

Ehring: Irgendwann in den 2030er Jahren könnten wir die 1,5 Grad überschritten haben. So sind derzeit die Prognosen. Was glauben Sie, sind wir zum Ende des Jahrhunderts wieder drunter?

Edenhofer: Na ja, das ist ja kein Gegenstand einer Prognose, sondern das ist ja Gegenstand des politischen Handelns. Wenn wir jetzt die Kraft finden, diese negativen Emissionstechnologien an den Start zu bringen, und wenn wir die Emissionen ausreichend vermeiden, dann wird uns das gelingen. Wenn wir weitermachen wie bisher, und wenn wir uns vor allem jedes Mal bei den Klimakonferenzen Sand in die Augen streuen und uns damit zufriedengeben, dass kaum glaubwürdige Selbstverpflichtungen abgegeben werden, dann wird das kein gutes Ende nehmen. Aber wenn wir versuchen zwischen den großen Hauptemittenten eine Kooperation zustande zu bringen, wenn wir versuchen diese Technologien zu fördern, und wenn wir dieses dicke Brett kraftvoll bohren, dann bin ich der Überzeugung, dann kann uns das gelingen. Aber wir sollten uns von Illusionen freimachen. Und eine der Hauptillusionen ist, wir sind schon auf dem richtigen Weg. Wir sind noch nicht auf dem richtigen Weg.

Ehring: Herr Professor Edenhofer, herzlichen Dank für das Gespräch.

Edenhofer: Ich danke Ihnen.